Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 M., mit Landbriefträgergeld 2 M. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 23. Oktober 1884. Nr. 496.

## Deutschland.

**Berlin**, 22. Oktoberr. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

Auf die rechtliche Seite der Frage nach der braunschweigischen Thronfolge sind wir bisher nicht eingegangen, und wird werden dieselbe auch heute unberührt lassen, da sie der Entscheidung des Bundesrathes unterliegt. Die gedachte Frage hat aber auch eine politische Seite, und zwar hat sie dieselbe gewonnen durch das Verhalten der hannoverschen Welfenpartei.

Eine von reichsfeindlichen Gesinnungen getragene Politik eines Herzogs von Braunschweig würde an sich noch keine Gefahren für den Bestand des Reichs involviren. Anders stellt es sich aber, wenn in den hannoverschen Landen 11 Wahlkreise unter 19 welfische Abgeordnete wählen, also Abgeordnete, deren Programm wie das des Herrn Götz v. Olenhusen lautet: da Preußen dem Herzog von Cumberland nicht freiwillig den hannoverschen Thron anbieten wird, so müssen Verwickelungen nach Außen benutzt werden, um es zur Wiederherstellung Hannovers zu zwingen.

Dies Programm trägt alle Kennzeichen der gesetzlichen Definition des § 81 des Reichsstrafgesetzbuches an sich: Wer es unternimmt, das Bundesgebiet ganz oder theilweise einem fremden Staate gewaltsam einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen 2c., wird wegen Hochverraths mit lebenslänglicher Festungshaft bestraft.

Durch den Zusatz, daß man auf gesetzlichem Wege die Wiederherstellung Hannovers erreichen wolle, wird die hochverrätherische Tendenz nicht entkräftet und die Gefahr nicht beseitigt. Dieser Zusatz ist ebenso unwahr und heuchlerisch als die Behauptung der Sozialdemokraten, daß sie ihr Programm, die Abschaffung des Königthums, die Aufhebung des Eigenthums, der Ehe und Familie auf gesetzlichem Wege anstreben wollen. Es wird dies eben nur vorgeschützt, um die Vorbereitung des gewaltsamen Weges betreiben zu können, ohne durch gesetzliche Repression gestört zu werden, und Letzteres gelingt, solange der Buchstabe und nicht der Geist die richterlichen Entscheidungen leitet.

Wir dürfen uns durch solche Redensarten nicht über die Gefahren täuschen lassen, welche dem Reiche drohen würden, wenn ein Anhänger der welfischen Partei als Herzog von Braunschweig souveränes Reichsmitglied würde. Die landeshoheitlichen Rechte, die er als solcher auf einen bestimmten Bezirk ausübt, würde er dazu benutzen, um seinen Hof zum Krystallisationspunkt für welfische Umtriebe hinzugeben und unter herzoglich braunschweigischer Autorität die Mittel vorzubereiten, welche dazu dienen können, die Pläne der welfischen Partei, wie sie in dem Programm des Herrn Götz v. Olenhusen gekennzeichnet sind, zu verwirklichen, sobald anderweitige Komplikationen des deutschen Reiches den Moment dazu als günstig erscheinen lassen.

Ganz abgesehen also von der rechtlichen Frage, über welche wir hier nicht sprechen wollen, haben das Programm und die Haltung der Welfenpartei das Reich in die Unmöglichkeit versetzt, diesen Bestrebungen einen archimedischen Punkt zu gewähren, wie ihn die Residenz eines souveränen Parteimitgliedes in Braunschweig geben würde.

— Im Reichsamte des Innern unterliegt die Frage der **nächtlichen Beschäftigung von Arbeiterinnen** einer eingehenden Prüfung. Neuerdings soll die nächtliche Beschäftigung von Arbeiterinnen von einzelnen Unternehmern in Industriezweigen eingeführt worden sein, in welcher sie bisher nicht stattgefunden hat. In der Besorgniß, daß dieses Vorgehen unter dem Druck der Konkurrenz bald Nachahmung finden und daß auf diese Weise die Nachtarbeit von Arbeiterinnen, welche bisher in Deutschland, soweit bekannt, nur in einzelnen Industriezweigen und auch zum Theil hier, wie z. B. in Zuckerfabriken, nur zeitweise stattgefunden hat, eine allgemeinere Verbreitung finden könnte, läßt der Reichskanzler eine Prüfung der Frage herbeiführen, ob es nicht an der Zeit sei, gegen die weitere Verbreitung der Nachtarbeit von Arbeiterinnen auf dem im § 129a. der Gewerbeordnung bezeichneten Wege oder durch Herbeiführung gesetzlicher Bestimmungen einzuschreiten, zumal ein solches Vorgehen mit Schwierigkeiten verbunden sein würde, sobald die nächtliche Beschäftigung von Arbeiterinnen erst in einer Reihe bedeutender Industriezweige zur Regel geworden sein sollte. Um für diese Prüfung eine ausreichende Grundlage zu gewinnen, werden zunächst über folgende Fragen eingehende Ermittelungen angestellt: 1) In welchen Industriezweigen ist die Nachtarbeit weiblicher Arbeiter schon seit längerer Zeit Gebrauch gewesen und in welchem Umfange (ungefähre Zahl der gewerblichen Anlagen, welche Arbeiterinnen Nachts beschäftigen, und Zahl der Arbeiterinnen in denselben)? 2) In welchen Industriezweigen ist die Nachtarbeit von Arbeiterinnen neuerdings eingeführt und in welchem Umfange ist dies bis jetzt in den einzelnen Industriezweigen geschehen? 3) Ist die weibliche Nachtarbeit, wo sie besteht, eine regelmäßige oder nur ausnahmsweise, findet sie das ganze Jahr hindurch oder nur in gewissen begrenzten Perioden statt? 4) Findet bei der Nachtarbeit der Arbeiterinnen, soweit sie besteht, ein Schichtenwechsel statt, so daß für die Arbeiterinnen auf eine Reihe von Nachtschichten eine gleiche Reihe von Tagesschichten folgt, oder werden die zur Nachtarbeit herangezogenen Arbeiterinnen durchgehends oder in einzelnen Industriezweigen nur bei Nacht beschäftigt? 5) Liegen bereits Erfahrungen über den Einfluß der Nachtarbeit auf die Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterinnen, sowie auf das Familienleben der Arbeiterbevölkerung vor? 6) Stehen dem Verbote der Nachtarbeit für Arbeiterinnen erhebliche Bedenken entgegen, überhaupt oder für einzelne Industriezweige? Eventuell worin bestehen dieselben und können sie durch gewisse Vorbehalte bei dem Erlasse des Verbots beseitigt werden? Es kann allerdings nicht in Abrede gestellt werden, daß die übermäßige nächtliche Anstrengung von Arbeiterinnen ihre nachtheiligen Wirkungen weit in die Zukunft hinaus äußert, indem sie nicht nur die Schädigung des eigenen Körpers, sondern oft genug auch die Verkümmerung ganzer Generationen zur Folge hat. Daneben darf aber auch nicht verkannt werden, daß durch ein Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen einerseits die Konkurrenz und Lebensfähigkeit mancher Industriezweige gefährdet, andererseits der wirthschaftliche Erwerb zahlreicher Arbeiterfamilien geschmälert werden würde.

— Während die offiziösen Organe in Frankreich bereits wiederholt meldeten, daß die letzten regulären chinesischen Truppen in Tonkin in die Flucht geschlagen wären und der chinesischen Grenze zueilten, wird dann in den offiziellen Nachrichten stets von Neuem das Eindringen feindlicher Streitkräfte konstatirt. So meldet General Briere de l'Isle unterm 20. Oktober aus Hai-Phong an den Marineminister, daß sich zahlreiche chinesische Truppen in der Gegend des rothen Flusses gezeigt, sowie Tuyen-Kuang angegriffen haben, jedoch unter großen Verlusten zurückgeschlagen worden seien. Tuyen Kuang ist ein im Nordwesten von Bac-Ninh gelegener befestigter Platz. Nach den rasch aufeinander folgenden Siegesnachrichten aus Tonkin mußte man annehmen, daß die Widerstandskraft der Chinesen längst gebrochen ist. So lange jedoch die französischen Expeditionstruppen nicht stark genug sind, sämmtliche aus China nach Tonkin führenden Straßen gegen das Eindringen neuer chinesischer Streitkräfte zu sichern, kann von einer Beruhigung des Landes nicht die Rede sein. Unter diesen Verhältnissen wird die Frage hinsichtlich der Absendung von Verstärkungen immer dringender. In dieser Hinsicht wird aus **Paris**, 21. Oktober, gemeldet:

Bei der heutigen Wahl der Kommission, welche mit der Prüfung der Kreditvorlage für Tonkin betraut ist, übten die Redner der Opposition in den verschiedenen Abtheilungen an der bisherigen Politik der Regierung scharfe Kritik. Die Regierung wurde beschuldigt, das Land und die Kammer zu täuschen, sowie die Wahrheit zu verbergen. Der radikale Deputirte Perin erklärte sich für die Annahme der Vermittelung einer fremden Macht und für die Preisgebung Tonkins, dessen Besitz in keinem Verhältnisse zu den gebrachten Opfern stehe. Clemenceau erklärte sich gegen die Absendung kleiner Truppenabtheilungen. Man müsse entweder die Aktion beschränken oder eine wirkliche Expedition gegen China unternehmen, für die er jedoch in keinem Falle stimmen würde. Andrieux meinte, die gegenwärtigen Kredite wären absolut unzureichend, die Regierung müßte gezwungen werden die Wahrheit zu bekennen und dann energische Maßregeln zu ergreifen, um die Tonkin-Angelegenheit zu Ende zu bringen. Die Opposition zählt in dem Ausschusse vier unter elf Mitgliedern. Die Nachsendung von Verstärkungen wird übrigens allgemein als nothwendig zugestanden. Das Gerücht von einem Konflikte zwischen dem Konseilpräsidenten und dem Kriegsminister Campenon erhält sich. Letzterer soll die Mobilisirung eines Armeekorps verlangen, falls Verstärkungen nach Tonkin gesandt werden.

— Ueber die unter den Studenten der Moskauer Universität vorgekommenen Unordnungen theilt ein amtliches Kommuniquee aus Petersburg 22. Oktober mit:

Nachdem an der Universität Moskau in letzter Zeit völlige Ordnung geherrscht, erfuhr der Rektor am 2. (14.) d. Mts., daß unter den Studenten und mit diesen verkehrenden jungen Leuten sich eine Erregung bemerkbar mache, die durch Gespräche subversiven Charakters über die Vorfälle in Kiew unterhalten werde, und daß gewisse Agitatoren mit der Absicht umgingen, eine Versammlung im Universitätsgarten abzuhalten. Gleichzeitig erfuhr der Rektor, daß Agitatoren die Fensterscheiben in der Universitätsdruckerei einzuschlagen beabsichtigten.

In der Universitäts-Bibliothek wurde eine an die Studenten gerichtete Proklamation gefunden, welche ihrem Inhalte nach nicht von Studenten herrührte. Um 2 Uhr Nachmittags des gedachten Tages erschienen im Universitätsgarten wirklich verschiedene Persönlichkeiten, deren Mehrzahl der Universitäts-Inspektion fremd war.

Diese der Universität nicht angehörigen Persönlichkeiten wurden aus dem Garten gewiesen und einer von ihnen wegen lauter Aeußerungen verhaftet.

Als nach Beendigung der Vorlesungen die Studenten in die Dolgorukowgasse hinaustraten, sammelte sich daselbst ein größerer Haufe an, welcher eine belebte Unterhaltung führte, in Folge Aufforderung eines Schutzmanns aber alsbald auseinanderging. Gegen 8 Uhr Abends fand auf dem Strastnoi-Boulevard vor der Universitätsdruckerei eine ziemlich bedeutende Zusammenrottung statt, welche Lieder sang und lärmte, jedoch alsbald von der Polizei und von Gensdarmen umzingelt und insgesammt ins Gefängniß abgeführt wurde.

Auf der Stelle, wo die Verhaftung erfolgte, wurden an 40 Steine, mehrere Kassetten und Uhrgewichte gefunden, welche die Ruhestörer bei dem Erscheinen der Polizei fortgeworfen hatten.

Außerdem fand man daselbst die Unruhen in Kiew betreffende Proklamationen ausgestreut. Im Ganzen wurden 110 Personen arretirt, darunter 66 Studenten der Moskauer Universität, ein früherer Student der Petersburger Universität, 3 wegen ungenügender Fortschritte aus der Moskauer Universität

## Feuilleton.

### Witze und Kalauer.

(Schluß.)

Mit Vorliebe übt sich der Berliner Witz an den Titeln von Schauspielen und Opern. Als vor Jahren „Antigone" aufgeführt wurde, durfte die Darstellung schon gar nicht befriedigen, um dem Wortspiel „Antik, o nee" das Thürchen offen zu lassen. Aus der „Stumme von Portici" wurde höchst gewaltsam ein „Stummel von Portorico" gebildet, die „Lustigen Weiber von Windsor" wurden in die „Wulstigen Weiber von Windthorst" umgewandelt; „Oberon, König der Elfen" wurde durch den Doppeltitel „Oberon, kann ich dir helfen?" profanirt und das unselige „mauvais jeu de mots", die Oper „Tristan und Isolde" fängt „trist an und i sollte . . ." will mir kaum aus der Feder.

Und damit sind wir auf das Gebiet des Kalauers gerathen. Die Befähigung, ja noch mehr der mächtige Trieb des Berliners zum „Kalauern" ist längst erwiesen und hoffentlich weltbekannt. Man beobachte die gesellige Unterhaltung im Klub, am Stammtisch, im Theaterfoyer und überall, wo sich die Menschen momentan vom schwersten Druck der Sorge befreit sehen. Es ist eine Seltenheit, wenn der Kalauer da nicht zu Tage tritt. Unzählbar sind die Menschen, die durch Angewöhnung und eine gewisse Uebung aus der Gleichartigkeit der Wortklänge und der Ungleichartigkeit der erweckten Vorstellung bei jedem Anlaß etwas zu machen suchen, was einem „Witz" ähnlich sieht, und bei oberflächlicher Taxirung kommt der Erzeuger von Kalauern, mag er sich nun mit dem mündlichen Vortrag begnügen oder wird auch noch Gutenbergs Erfindung dazu mißbraucht, in den Ruf eines — Humoristen. Seine Geistesprodukte haben aber mit dem Witz nicht viel mehr gemein als die Eigenthümlichkeit, daß sie sich so wenig unterdrücken lassen wie jener; sie drängen sich in ernsthafte Unterhaltungen, in das Geflüster der Verliebten, in die Geschäfte der Spekulanten, selbst auf dem Katheder fallen sie, und wir haben Wortspiele schon im Parlamente gehört. Vielleicht, weil schon Aristoteles das Wortspiel den Rednern als Aufputz ihres Vortrages empfiehlt. Die Eigenthümlichkeit des Vollblut-Kalauers besteht auch noch darin, daß er das Gequälte, Absichtliche seiner unedlen Herkunft nicht verleugnen kann; der Witz ist einem göttlichen Funken vergleichbar, der plötzlich aufflammt und leuchtet; der Kalauer entsteht wie durch mühselige Reibung zweier Hölzer. Er wird noch weniger als erfunden, er wird gesucht und die Pointe wird künstlich und mühsam draufgepfropft. Grammatik und Orthographie existiren nicht mehr, wo das Bestreben, ein ähnliches Lautbild — gleichviel, ob die Vorstellungen auf der Oberfläche schwimmen oder nicht — sich mit uneindämmbarer Gewalt Bahn bricht.

Beispiele für derartige Wortverrenkungen sind kaum nöthig — als Ausbund würde vielleicht das Bruchstück aus der Erzählung eines „Witzboldes" gelten können, der aus dem Leihhause kommt und berichtet, daß das Thor von vielen Jäger'schen Normalmenschen umlagert war. „Wie so?" fragt ein unfreiwilliger Geburtshelfer des Witzes und „Nu, weil sie Alle 'rein wollen!" ist die glückliche Lösung. Man merkt es dem Scherz an, wie mühevoll es war, zu dem „'rein wollen" die Pointe zu finden. Es mag bei dieser Probe sein Bewenden haben. Hin und wieder ist dem Kalauer die überraschende Wendung des Wortspiels nicht abzustreiten, und dann mag es hingehen. Der alte Hut, der kein Futter hat und doch — fett ist; die Ueberschrift „Lasciate ogni sperenzchen, voi ch' entrate", oder jene über einem Landhaus: „Des Menschen Villa ist sein Himmelreich"; und die Vermuthung, daß ein „Salve" im Hausflur anzeige, das Haus gehöre einem Apotheker (Salbe); die Antwort eines Spiegelkäufers, der gefragt wird: „Soll ich Ihnen den Spiegel ein bischen einschlagen?" und erwiedert: „Jott bewahre, ick bin froh, det er janz ist!" — das kann man sich wohl gefallen lassen und mit einem kurzen „Au" quittiren.

Die Bedeutung des Kalauers als Konversationsmittel dürfte nicht ungewürdigt bleiben, wenn es Jemand unternähme, die Geschichte der Geselligkeit zu schreiben; es ist erstaunlich, wie hoch hinauf die Herrschaft des die Freiheiten des Witzes usurpirenden Kalauers reicht. Wehe der Gesellschaft, die auf das Gebiet gerathen ist, es ist dies das sicherste Anzeichen ihrer bevorstehenden Auflösung. Auf dem Theater hat der Kalauer indeß ausgelebt, sonst ein unvermeidlicher und willkommener Bestandtheil des Possendialoges, hat er innerhalb der letzten Jahre fast allen Bühnenkredit eingebüßt, und das „Au", welches sich früher im Theater brausend erhob, wenn ein Kalauer gefallen war, ist nur mehr in den Vorstadttheatern letzten Ranges zu vernehmen.

(Der Herzog von Braunschweig im Theater.) Für das Publikum war der Herzog unsichtbar. Er saß im Hintergrunde einer fast vollständig geschlossenen Loge, deren eine Wand mit einem breiten, vergoldeten Barockrahmen geziert war. Dieser Rahmen zeigte an einer Stelle in seinen Arabeskenverzierungen durchbrochene Arbeit und durch diese Oeffnungen musterte der Herzog die Anwesenden mit Hülfe eines großen Krimstechers, den sein Adjutant ihm von Zeit zu Zeit überreichte. So reichlich der Herzog das Theater dotirte, zeigte er doch lebhaftes Interesse nur für das Ballet, zuweilen auch für italienische Opern, in welche gewöhnlich Balletdivertissements eingelegt wurden. Mit seiner Begleitung sprach der Herzog im Theater nie; er interessirte sich auch nicht für die Persönlichkeiten der engagirten Kräfte, doch waren stets die Leiter seines Hoftheaters Männer von gutem, feinem Geschmack, welche plein pouvoir hatten. Besonders hielt er auf starke, vorzügliche Besetzung des Orchesters, von dem ein Theil, wenn das ganze Ballet nach Sybillenort berufen wurde, dorthin folgen mußte. In Sybillenort war das Theater sehr opulent eingerichtet und das Balletpersonal, welches sämmtlich im Schlosse logirte, wurde aufs vorzüglichste bewirthet. Der Kapellmeister Franz Abt hat, wie er dem Schreiber dieser Zeilen im Jahre 1878 selbst mittheilte, für den Herzog die Musik zu einem Schäferspiele im altfranzösischen Genre komponirt, welches mit großem Glanze in Sybillenort unter der Leitung Abt's aufgeführt wurde. Man wußte jedoch nie, ob dem Herzog irgend eine Darstellung gefiel, denn er applaudirte niemals.

entlassene Studenten, 1 Pharmazeut, 1 Apothekergehülfe, 5 Studenten der Petrowskischen Ackerbau-Akademie, 3 Typographen, 23 Personen verschiedener Herkunft, 3 beschäftigungslose Edelleute, 2 Personen unbekannten Standes und 2 Bedienstete.

Das Verhör der Verhafteten ergab, daß der Hauptanstifter der Straßendemonstration ein Student der Moskauer Universität Namens Peter Roshdestwensky war, welcher im Jahre 1883 bereits in eine politische Untersuchung verwickelt gewesen, aber begnadigt worden ist.

Außer diesen Verhafteten wurden noch 6 Studenten einem polizeilichen Verhöre unterzogen, welche an der Straßendemonstration zwar nicht betheiligt, aber an der Anstiftung zu derselben verdächtig waren. In der Universität selbst wurde die Ruhe nirgends gestört, die Vorlesungen und Uebungen nicht unterbrochen.

Der Vorstand und etliche Professoren der Universität nahmen bei den Vorlesungen Veranlassung, den Studenten das verwerfliche Verhalten ihrer unwürdigen Kameraden vorzuhalten, welche zu ihrem eigenen Verderben bösen Rathschlägen Folge geleistet. Die Studenten sahen dies ein und sprach den Wunsch aus, daß die Ordnung in der Universität aufrechterhalten werde.

Das Kommuniquee erkennt schließlich das Auftreten der Universitätsverwaltung und der Polizei lobend an, welche durch ihr energisches Einschreiten die Demonstration im Keime erstickt und den Unruhestiftern die Möglichkeit benommen hätten, die leicht zu bethörende Jugend zu weiteren unbedachten, für sie verderblich werdenden Schritten hinzureißen.

## Ausland.

**Paris**, 19. Oktober. („Voss. Ztg.") Es war bis jetzt kaum zweifelhaft, daß die Regierung sich der immer breiter und mächtiger werdenden schutzzöllnerischen Strömung widerstandslos überlassen werde; seit den gestrigen Aeußerungen des Herrn Jules Ferry ist dies aber zur Gewißheit geworden. Herr de Roys hielt es für nöthig, den Ministerpräsidenten zu interpelliren, ob er seine Anschauungen über die Lage der Landwirthschaft geändert habe, die Anschauungen nämlich, die ihm den Entschluß eingegeben hatten, der Kammer in einer ihrer letzten Sitzungen vor den Ferien einen Gesetzentwurf über die Erhöhung des Viehzolles vorzulegen; der Eintritt des als Freihändler bekannten Herrn Rouvier ins Kabinet habe die Landwirthe beunruhigt. Gegen diese Aeußerung wandte sich Herr Ferry in einer etwas spitzen Erwiederung. Er begreife nicht, daß der Interpellant eine grundsätzliche Frage auf das Gebiet der Persönlichkeiten hinüberspiele. „Man muß nicht glauben, daß eine Regierung, welche die Geschäfte seit einer Zeit leitet, die von Vielen bereits übermäßig lang befunden wird (Heiterkeit), die ihre Bahnen auf dem Felde der Politik, der Volkswirthschaft, der Finanzen bezeichnet hat . . . ." Baudry d'Asson: „Durch den Bankerott". (Er wird zur Ordnung gerufen.) Ferry: „. . . daß eine Regierung, die am Vorabend unseres Auseinandergehens sehr deutlich gezeigt hat, wie sie denkt, indem sie den Gesetzentwurf über die Erhöhung des Viehzolles eingebracht hat, daß eine solche Regierung zu denen gehört, welche zur Landwirthschaft sagen, daß sie auf keine vorsichtig bemessenen Schutzzölle rechnen dürfe. Ich staune, daß man nach bloßen sechs Wochen fragen kann, ob sie ihre Meinung geändert habe." Der Ministerpräsident fügte hinzu, der Augenblick sei nicht gekommen, diese Angelegenheit zu diskutiren. Es sei ein Ausschuß ernannt, vor welchem alle Meinungen vertheidigt, alle Lösungen vorgeschlagen werden könnten; eine Interpellation aber sei etwas höchst unfruchtbares in Fragen dieser Natur; nicht indem man in unbestimmten Ausdrücken allgemeine Theilnahme für die nothleidende Landwirthschaft bekunde, komme man dieser zu Hülfe, sondern indem man bestimmte Vorschläge mache. Die Frage sei übrigens nicht blos eine solche der Tarife, sondern auch eine solche des landwirthschaftlichen Kredits und Fachunterrichts. Wenn man den Landwirthen weiß mache, mit einer Zollerhöhung von 2 oder 3 Franken werde ihnen geholfen sein, so bereite man ihnen bittere Enttäuschungen vor. Indem die Regierung die Erhöhung des Viehzolles beantragte, habe sie deutlich zu erkennen gegeben, daß sie fühle, „die Landwirthschaft habe ganz so wie die Industrie das Recht, in der Aenderung der Zollsätze einen vorsichtigen und gemäßigten Schutz zu suchen." Redner sei auch für eine angemessene Erhöhung der Getreidezölle; aber alle diese wichtigen Fragen bedürften eingehenden Studiums; er fordere daher den einfachen Uebergang zur Tagesordnung. Nachdem Herr Brialou gegen diese Schutzzollpolitik mit größtem Eifer protestirt hatte, wurde denn auch, dem Wunsche der Regierung gemäß, die einfache Tagesordnung mit 217 gegen 170 Stimmen votirt. Die Landwirthschaft hat nun aber das förmliche Versprechen des Herrn Ferry, daß sie auf Schutzzölle rechnen könne. Natürlich werden auch die verschiedensten Industrien solche verlangen und Herr Ferry wird den Industrien das nicht verweigern können, was er der Landwirthschaft als ein Recht zugesteht. Er verklausulirt sein Versprechen freilich mit der Einschränkung, daß die Schutzzölle „mäßig" sein werden. Man weiß ja aber, wie es zu gehen pflegt: beim Essen kommt der Appetit. Ist man einmal grundsätzlich für den Schutzzoll, so läßt man sich nicht lange bitten, ihn auch etwas höher zu bemessen, und so gleitet man rasch die schiefe Ebene völlig hinab, wenn man erst den Fuß auf sie gesetzt hat. Daß er mit seiner leichtfertigen und kurzsichtigen Wirthschaftspolitik Frankreich einer vielleicht tödtlichen Krise entgegenführt, das sagt sich Herr Ferry nicht. Wenn er es auch einsehen sollte, so würde es ihn übrigens schwerlich zu einer Aenderung seiner Anschauungen bestimmen, denn er wirthschaftet in den Tag hinein, die Zukunft vorzubereiten hält er nicht für seine Aufgabe und sein Regierungssystem läßt sich in den Satz zusammenfassen: „Nach uns die Sintfluth."

---

## Stettiner Nachrichten.

**Stettin**, 23. Oktober. Die für gestern von dem konservativen Verein des Kreises Randow in's Hotel de Prusse einberufene Wähler-Versammlung war zahlreich besucht und wurde von Herrn v. Eickstädt-Hohenholz mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnet. Nachdem derselbe in einer Einleitung auf die politischen Bewegungen der heutigen Zeit hingewiesen, ertheilte er Herrn Abgeordneten Cremer das Wort zu einem Vortrage über „Die deutsch-freisinnige Partei", in welchem die deutsch-freisinnige Partei auf das Heftigste angegriffen wurde. Die Fortschrittspartei, sagte der Redner, sei immer mehr mit der Berliner Wasserleitung in Berührung gekommen, denn Alles, was von ihr komme, sei wässerig, und wenn sich ja einmal etwas Lebendes zeige, so seien es, wie in der Berliner Wasserleitung, nur Algen und Bacillen, kurz Organismen, welche sich erst dann einzustellen pflegen, wenn ein Zersetzungsprozeß eintritt. Die Verschmelzung der Fortschrittspartei mit den Sezessionisten sei als eine große That hingestellt worden, während es doch nur ein schlimmes Zeichen sei, wenn Jemand den alten Namen aufgebe. Gerade in Stettin als Handelsstadt sei es bekannt, daß ein Haus, welches die Firma wechselt, der Pleite näher stehe, als allem Anderen. Es sei nothwendig gewesen, daß die alte Fortschrittspartei den Namen deutsch freisinnige angenommen habe, um das Deutsche wieder einmal in den Vordergrund zu stellen, mit weit größerer Berechtigung hätte sie sich aber die „orientalisch habgierige" Partei nennen können. Redner entwickelt die Ansicht, daß eine politische Partei, wenn sie einen Namen suche, so müsse sie denselben auf dem politischen Gebiete suchen, welches sie vertritt, aber durch das allgemeine Wort „Freisinnigkeit" sei keine bestimmte politische Richtung bezeichnet. Die ganze Sache sei der letzte Versuch der Fortschrittspartei, ein von Anfang an mißrathenes Kind nochmals in die Gesellschaft einzuführen. Redner sucht dann das Programm der deutsch-freisinnigen Partei näher zu beleuchten und findet, daß sich dasselbe auf Widersprüche stütze. Während im Vordersatz die Festigung der nationalen Einheit Deutschlands betont werde, werde im Nachsatz durch das Verlangen eines verantwortlichen Staatsministeriums das Umschmeißen der gesammten Verfassung gefordert. Redner nennt dies eine Tollheit, wie sie einem konservativen Kopfe nie entspringen könne, in der Verfassung sei kein Punkt zu finden, wo man verantwortliche Minister einsetzen könne. Durch den Hinweis auf Frankreich, wo die neueste Republik bereits 150 verantwortliche Minister hinter einander hervorgebracht, sucht Redner die Schäden eines verantwortlichen Staatsministeriums zu beweisen. In Deutschland habe indessen nur ein Reichskanzler das Ruder geführt, aber mit größerem Erfolge, als diese alle 150. Würde ein derartiger Antrag der deutsch-freisinnigen Partei zum Gesetz, so sei vielleicht die Aussicht eröffnet, daß Rickert Minister des Innern, Bamberger Handelsminister und Richter Finanzminister würde. Das Prinzip der Deutsch-Freisinnigen sei, gegen Alles, was von der Regierung und von Bismarck komme, zu protestiren und an Allem zu nörgeln und wenn die Deutsch-Freisinnigen auf diese Weise das politische Feld beackert hätten, so schieße die Sozial-Demokratie hervor, wie im Frühjahr der Spargel. Die Ansicht des Redners ist, daß parlamentarische Regierungen überall eingeführt werden, in Preußen sei dies nicht möglich, denn hier sei es eine andere Sache als überall; Preußen sei groß geworden mit seinem König und durch seinen König und die Geschichte der Hohenzollern sei zugleich die Geschichte des preußischen Staats. Die Hohenzollern hätten bei Allem, was sie ausgeführt, ein bestimmtes, dem Lande zum Segen gereichendes Ziel im Auge gehabt und auch als Kaiser Wilhelm die Militär-Organisation einführte, hatte er das Ziel, nicht nur dem Lande einen festen Schutz nach außen zu sichern, sondern auch eine innere Korrektur unserer schablonenhaften Verfassung vorzunehmen und es sei nicht zu beklagen, daß eine solche Korrektur vorgenommen sei; freilich gegen den Willen derselben Leute, welche jetzt die verantwortlichen Minister wollten. Redner sucht sodann nachzuweisen, daß die Fortschrittspartei stets gegen die Wünsche der Regierung gestimmt und daß viele ihrer Anträge, wenn sie zur Annahme gelangt wären, dem Lande den größten Schaden gebracht hätten. Unter diesen Umständen wundert sich Redner, daß sich die Fortschrittspartei noch erlaube, am hellen, lichten Tage als politische Partei umherzulaufen, anstatt ein Programm aufzustellen wie das ihre, sollten die Herren lieber helfen, den Frauen Kartoffeln schälen.

Was die deutsch-freisinnige Partei in volkswirthschaftlicher Beziehung verlange, sei gleichfalls auf Widersprüche begründet; sie fordere Volkswohlfahrt und will gleichzeitig Alles dagegen thun, um solche zu schaffen. Sie rufe jetzt: „Um Gotteswillen keinen Staats-Sozialismus!", aber was sei denn Staats-Sozialismus eigentlich, es bedeute doch nur, daß der Staat da eingreifen solle, wo die Kraft des Einzelnen nicht mehr ausreiche. Solchen Staats-Sozialismus, sogar mit Zwang, hätten wir bereits in der Schule und im Heereswesen, warum wolle man ihn da auch nicht auf gewerblichem Gebiet einführen, sondern glaubt auf diesem Gebiet mit Selbsthülfe allein auszukommen. Selbsthülfe sei sehr gut, so lange eigene Mittel zu derselben vorhanden seien, wenn die Mittel zur Selbsthülfe aber fehlen, müsse der Staat helfend eingreifen. Die deutsch-freisinnige Partei fürchte nur, es könnte das Unglück kommen, daß die Handwerker wieder in Konkurrenz mit dem Kapital treten und daß dann der wieder arbeiten müsse, welcher jetzt mit Kouponabschneiden sein Leben fristet.

Redner glaubt auch, daß es nicht im Gewissensdrange gelegen, sondern andere Gründe gehabt habe, daß die deutsch freisinnige Partei nicht in die Berathung des Gesetzes über Aktien- und Kommandit-Gesellschaften eintrat, und dafür den Grund vorgebracht habe, sie habe sich darüber noch nicht orientiren können, weil sie den Kommissionsbericht zu spät erhalten; Herr Richter sei doch sonst in allem vorbereitet und mache, obwohl er es nicht einmal bis zum Einjährig-Freiwilligen gebracht, sogar dem Grafen Moltke den Vorwurf, daß er über das Militärwesen in manchen Dingen mehr verstehe als dieser.

Die deutsch-freisinnige Partei sei sehr vorsichtig in Betreff neuer Steuern, sie rufe den Steuerzahlern immer zu, die Taschen zuzuhalten, während sie den Beamten wieder sage, dieselben seien zu schlecht bezahlt, sie wolle auf der einen Seite Einnahmen vermeiden, auf der andern Seite erhöhte Ausgaben machen, sie gebe aber keinen Rath, wie dies möglich. Sie könne es durchaus nicht vertragen, wenn von Börsensteuer gesprochen würde und sagt, eine prozentuale Börsensteuer sei unmöglich, während thatsächlich die Börsianer dem Auftraggeber gegenüber bereits eine prozentuale Börsensteuer eingeführt hätten. Es herrsche in diesen Kreisen die Ansicht, daß eine derartige Steuer möglich sei, wenn sie vom Bankier eingezogen würde, wolle sie jedoch der Fiskus einziehen, so sei sie unmöglich.

Die deutsch-freisinnige Partei eifere auch stets gegen Erhöhung der Armee, sie vergesse aber dabei, daß die Friedens-Präsenzstärke des Heeres sich nach der Bevölkerungszahl richte, wie dies verfassungsgemäß festgestellt sei. Durch die Volkszählung im Jahre 1875 habe sich herausgestellt, daß die Bevölkerung gewachsen sei, also müsse auch eine Erhöhung der Präsenzstärke des Heeres vorgenommen werden. Ebenso seien die Kosten für das Heer verfassungsmäßig festgestellt und daß damit nicht verschwenderisch gewirthschaftet würde, zeige der Umstand, daß im Jahre 1872 noch zwei Millionen gegen die ausgesetzten Kosten erspart seien.

Redner schildert sodann noch das Ansehen, welches Bismarck im Auslande genieße und man sich dort nur wundere, daß seine Politik in Deutschland selbst so bekrittelt und bemängelt würde. Mit der Mahnung, auch ferner treu zu Kaiser und Reich zu stehen, schließt Redner seinen Vortrag.

Da sich Niemand weiter zum Wort meldet, schließt Herr von Eickstädt-Hohenholz mit einem Hoch auf Bismarck die Versammlung.

— Heute, Donnerstag, Abends, finden zwei Handwerker Versammlungen statt; in der einen auf dem „Bock", welche von den vereinigten Handwerkern und Konservativen einberufen ist, werden Herr Obermeister Schumann aus Berlin und Herr Justizrath Küchendahl Vorträge halten, in der zweiten, im Wolff'schen Saal, soll eine Kundgebung gegen die Bestrebungen der obigen Handwerker gemacht werden.

— Dem Torffaktor, Hauptmann a. D. Lentz zu Stargard i. Pomm. ist der Rothe Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife, dem Rechnungsrath Ruskow zu Treptow a. T. der kgl. Kronen-Orden 4. Klasse und dem herrschaftlichen Kutscher G. Schaffer zu Woitzel im Kreise Regenwalde das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— In der gestrigen Sitzung des Gemeinde-Kirchenrathes von St. Jakobi wurde Herr Göttert, der frühere Kapellmeister des Königs-Regiments, zum Küster der Jakobi-Kirche gewählt.

---

## Kunst und Literatur.

**Theater für heute.** Stadttheater: „Der Bettelstudent." Komische Operette in 3 Akten.

---

Die „Isis", Zeitschrift für alle naturwissenschaftlichen Liebhabereien, herausgegeben von Dr. Karl Ruß (Berlin, Louis Gerschel), enthält in Nr. 43: Zoologie: Ueber die Faulkrankheit der Raupen. — Tödtungsmittel für Insekten (Fortsetzung). — Botanik: Aus dem botanischen Garten in Berlin: Das Palmenhaus (Fortsetzung). — Einheimische und fremdländische Wasserpflanzen, mit besonderer Berücksichtigung der für Zimmeraquarien verwendbaren Arten (Fortsetzung). — Sternkunde: Die letzte Mondfinsterniß. — Naturkalender: Raupen der Nachtfalter (April). — Vereine und Ausstellungen: Wittstock. — Mancherlei. — Lehrmittel. — Bücher- und Schriftenschau. — Anzeigen.

---

## Aus den Provinzen.

**Köslin**, 21. Oktober. Der Name des Füsiliers, dessen Mißhandlungen vorgestern Abend der Zimmermann Peltzer erlegen, ist Holz. Mit welcher Grausamkeit der Mörder sein unglückliches Opfer behandelt hat, mag man daraus ersehen, daß mehr als 30 Hieb- und Stichwunden am Körper des Ermordeten gezählt wurden. Der Kopf des Unglücklichen soll bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt sein, daß selbst genaue Bekannte ihn nicht mehr zu rekognosziren vermochten. Peltzer hinterläßt eine Wittwe mit 5 Kindern im Alter von $1/2$ bis 7 Jahren. (Kösl. Ztg.)

♂ **Bütow**, 21. Oktober. In vergangener Nacht ist in der hiesigen Apotheke mittels Einsteigens durch das Fenster ein Einbruch verübt worden. Die Kasse war erbrochen und der Inhalt derselben, circa 85 Mark, gestohlen. Durch Eindrücken einer Scheibe hat der Dieb sich einen Fensterflügel geöffnet und ist auf diese Weise in den Vorraum der Apotheke gelangt. Jede Spur zur Erlangung des Diebes fehlt. Derselbe muß mit den örtlichen Verhältnissen doch ziemlich vertraut gewesen sein, denn in der Gegend bei der Apotheke halten sich stets die Nachtwächter nach beendetem Rundgang auf. Der Dieb muß also gerade die Zeit abgewartet haben, als die Wächter im Revier waren.

---

## Vermischte Nachrichten.

— Ueber das Zukunftskostüm schreibt die „Maler Zeitung", das Organ der Bonner Malerschule: Endlich ist die Lösung der Mode- und Stilfrage auf dem Gebiete des Bekleidungswesens erfolgt. Der glückliche Löser ist Professor Dr. Gustav Jäger aus Stuttgart. Schon seit über 20 Jahren haben wir uns vergebens den Kopf zerbrochen, wie diese Frage zu lösen ist. Wir waren, wenn auch mit Antipathie, gezwungen, uns den Schneider-Phantasien immer wieder zu unterwerfen. Konnte man doch nicht, ohne sich dem Gespött der Leute preiszugeben, andere Kleider täglich tragen, wie die von der Mode vorgeschriebenen; denn man hatte keine bestimmten Grundsätze für eine gute Kleidung. Jetzt ist dem Uebel abgeholfen. Professor Jäger hat feste Grundsätze aufgestellt, die wir als gute unterschreiben können, weil wir schon seit zwei Jahren die Annehmlichkeiten der Wollbekleidung praktisch erfahren, ohne dieselben vollständig verstanden zu haben, bis uns der Vortrag des Professors Jäger am 2. Februar ausführlichst belehrte. (Folgen Berichte aus zwei Bonner Zeitungen). Soweit diese Zeitungen. Was nun, vom künstlerischem Standpunkt aus betrachtet, das Wollregime betrifft, so muß Jeder sagen: Es hat gegen alle Modetrachten und Modethorheiten Alles voraus! Es ist eine Kleidung, nicht von Modenarren zugeschnitten, sondern dem menschlichen Körper aus Gesundheits- und aus Schönheits-Rücksichten angepaßt. Die Kleidung liegt den Körpertheilen schön an und läßt deren edle Formen unter dem Gewande erkennen. Der Ueberwurf (Mantel) zeigt trotz seiner Einfachheit einen Faltenwurf, wie uns die ganze moderne Schneiderwelt für allgemeine Trachten in diesem Jahrhundert noch keine gefertigt. Deshalb gebührt dem Professor Jäger der Dank aller kunstsinnigen Menschen. Er hat das Mode-Zerrbild überwunden und schöne Landestracht uns angewiesen. Wo jetzt altdeutsche Wohnräume eingerichtet sind, da ist auch eine Kleidertracht am Platze, die dazu paßt, und diese hat uns Professor Jäger gegeben. Wer noch zurückschrecken sollte, mit bei den Ersten zu sein, der wird die Ehre bald haben, zu den Letzten zu gehören, welche noch altmodisch sind, aber Mode treiben. Das Wollregime ist keine Modetracht, sondern Stil.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

## Telegraphische Depeschen.

**Kiel**, 22. Oktober. Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge ist die Korvette „Gneisenau" heute in Wilhelmshaven glücklich eingelaufen.

**Braunschweig**, 22. Oktober. Die „Braunschweigischen Anzeigen" veröffentlichen das Programm der Einholung der Leiche des Herzogs, welches im Auftrage des Regentschaftsrathes und im Einverständnisse mit General v. Hilgers vom Staatsministerium bekannt gemacht worden ist. Danach trifft die Leiche 12 Uhr Nachts hier ein und wird in feierlichem Zuge nach dem Residenzschlosse übergeführt. Den Zug eröffnen das Trompeterkorps und 2 Eskadrons des herzoglichen Husarenregiments, darauf folgt der gesammte Hofstaat, die Geistlichkeit der Stadt Braunschweig mit Einschluß des reformirten Predigers, des katholischen Dechanten und des Rabbiners. Sodann kommt der herzogliche Leichenwagen, neben welchem 18 Unteroffiziere und Fackelträger einherschreiten. Alsdann folgen der Hofprediger Abt Thiele, die Mitglieder des Regentschaftsraths und der Generalmajor v. Hilgers, die Mitglieder der Landesversammlung, die Stabsoffiziere, die Präsidenten, Direktoren und ältesten Räthe der Gerichts- und Verwaltungsbehörden, der Magistrat, die Stadtverordneten der Residenzstadt, die Direktoren des Museums, der technischen Hochschule, der Gymnasien und des Lehrerseminars. Den Zug schließen zwei Eskadrons des Husarenregiments.

**Brüssel**, 22. Oktober. In Courtrai, Hasselt und einigen Dörfern bei Mecheln haben Ruhestörungen stattgefunden.

**Manchester**, 21. Oktober. Stanley hat vor einer zahlreichen Versammlung über die Mittel zur Eröffnung eines bedeutenden Handels am Kongo eine längere Rede gehalten und erklärt, daß es mit Rücksicht hierauf unmöglich erscheine, einem einzelnen Staate wie Portugal die Aneignung der Souveränetät am Kongo zu gestatten. Stanley empfahl, der internationalen Gesellschaft zu überlassen, als Hüterin des internationalen Rechtes und des freien Verkehrs aufzutreten.

**Belgrad**, 22. Oktober. Das Kabinet ist nunmehr vervollständigt worden. Der Ministerpräsident Garaschanin behält das Ministerium des Auswärtigen und übernimmt gleichzeitig das Ministerium der Finanzen; Kassationsrath Rajovic erhält das Ministerium der Volkswirthschaft und Ministerialsekretär Popovic das des Unterrichts. Die übrigen Minister behalten ihre Portefeuilles.

**Belgrad**, 22. Oktober. Der König hat dem aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Finanzminister Pavlovics das Großkreuz des Takova Ordens verliehen.

Durch einen morgen erscheinenden Ukas soll das Ministerium komplettirt werden.

**Rom**, 22. Oktober. Die Eisenbahnkommission hat die Berathung über die in dem Vertrage bezüglich des Mittelmeernetzes aufgestellten Kaufbedingungen beendet. Bei einigen Artikeln wurde die Entscheidung bis nach Anhörung der Minister hinausgeschoben; die Dauer aller Verträge wurde von 30 auf 20 Jahre herabgemindert. Sodann trat die Kommission in die Berathung der Kontrakte bezüglich des adriatischen und sizilianischen Netzes.

**Neapel**, 22. Oktober. Von gestern Nachmittag 4 Uhr bis heute Nachmittag 4 Uhr sind hier 16 Personen an der Cholera gestorben.

**London**, 21. Oktober. Der bisherige Kanzler des Herzogthums Lancaster hat die Pairswürde erhalten, der Generalsekretär für Irland Trevelyan ist an seiner Stelle zum Kanzler des Herzogthums Lancaster mit Sitz im Kabinet und an Stelle Trevelyans Campbell Bannerman zum Generalsekretär für Irland ernannt worden.